

DAS UNBEHAGEN AN DER POLITIK

Wenn man unter Politik im weitesten Sinne des Wortes ein soziales Handeln mit dem Ziele und dem faktischen Ergebnis der Gesellschaftsgestaltung, der bewußten Gesellschaftsveränderung versteht, so hat es wohl ein Unbehagen an der Politik immer schon gegeben. Die Veränderung als unzutraglich empfundener menschlich-gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Mittel der Politik erfolgt doch immer nach Maßgabe ganz bestimmter vorgestellter Ziele und Perspektiven. Diese Ziele und die Mittel zu ihrer Verwirklichung sind bezogen auf die jeweils gegebenen gesellschaftlichen Situationen, von denen die politischen Bestrebungen ausgehen. Sie werden aber auch entworfen mit Hilfe mehr oder weniger fest umrissener Vorstellungen von menschlich-gesellschaftlichen Zuständen, die sowohl als wünschenswert wie auch als erreichbar erscheinen. Jede Politik in diesem weitesten Sinne geht also aus von der Chance, vorgestellte Ziele mit bestimmten Mitteln in einer gewissen Situation erreichen zu können. Sie enthält aber gleichzeitig das Risiko, entweder die Situation, von der sie ausgeht, oder das Ziel, auf das sie gerichtet ist, zu verfehlen.

Politik, das folgt daraus, ist behaftet mit dem großen Risiko des menschlichen Irrtums und Versagens. Dabei muß sowohl an das Versagen von politisch handelnden Individuen wie an das Versagen von gesellschaftlichen Willensgruppen und Organisationen gedacht werden. Jede Politik ist in ihren Aktionsfeldern außerdem nicht immer berechenbaren und in der Auswirkung der verschiedenen politischen Faktoren oft unvermeidlichen objektiven Hemmungen und Schwierigkeiten gegenübergestellt, die zu bewältigen sie eben gerade zu einer besonderen menschlichen Kunst stempelt. Da aber nun ein Verständnis für die Politik nicht schon mit der Anerkennung ihres größeren oder geringeren Erfolges gegeben ist, sondern von der Einsicht abhängt, welche die an ihr aktiv oder passiv Beteiligten in das Bedingungsgeflecht des politischen Handelns besitzen, ist wohl immer mit einem Unbehagen an ihr zu rechnen, wenn diese Voraussetzungen fehlen.

Nun ist aber das Unbehagen an der Politik, das die Geschichte des politisch handelnden Menschen begleitet, noch nie so stark gewesen wie in unserer Zeit. Das politische, auf den Staat bezogene oder vom Staat ausgehende Handeln wirkt sich in früher nicht gekanntem Ausmaße in seinen Erfolgen und in seinen Fehlleistungen auf alle Bereiche der Gesellschaft aus. Der funktionale Zusammenhang, der heute, jedem Menschen mit soziologischer Einsicht offenkundig, zwischen allen Bereichen der Gesellschaft und dem Staate besteht, vergrößert die Tragweite politischer Entscheidungen, welche in den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien ebenso wie in den unterschiedlichen willensbildenden Gremien des Staates gefällt werden.

Es ist, bildlich gesprochen, der Gesellschaft und dem Staate heute keineswegs mehr so leicht, politische Fehlleistungen und Mißerfolge, welche sich in den Sektoren des gesamtpolitischen Kraftfeldes ergeben, zu verwinden, wie das in früheren Zeiten der Fall gewesen sein mag, in denen etwa schwache Regierungen, unfähige Parlamente oder schlecht geleitete politische Parteien dank des begrenzten Aktionsradius der von ihnen verfolgten Politik für das gesellschaftliche Ganze noch leichter zu ertragen waren. Heute können die Fehler in den politischen Konzeptionen einzelner hervorragender Parteien oder Sozialverbände der demokratischen Gesellschaft, heute können falsche strategische Per-

spektiven und mißlungene taktische Maßnahmen von Regierungen im komplizierten Kraftfeld der nationalen oder internationalen Politik unabsehbare Folgen nicht nur für die direkt davon Betroffenen, sondern für weit größere Kreise im gesellschaftlichen und politischen Raume bekommen.

Das gesteigerte Unbehagen des einfachen Menschen der Politik gegenüber — des Mannes der Straße sowohl wie des durch seine gesellschaftliche Funktion im Gesamtbereich der Politik isolierten Spezialisten — rührt einmal daher, daß er einfach nicht mehr in der Lage ist, den funktionalen Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Handlungen und Ereignisse in der ganzen zivilisierten Welt zu durchschauen. Es ist in der soziologischen Fachliteratur schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß der einzelne Mensch sich in dem Maße lediglich als Objekt von Macht- und Herrschaftsbeziehungen empfindet, wie er die Übersicht über das Ganze des gesellschaftlichen Lebens durch die zunehmende Spezialisierung und die gleichzeitige Vermassung verliert. Auf der anderen Seite wächst dieses Unbehagen mit der Enttäuschung vieler Menschen angesichts der tatsächlichen Fehlschläge politischen Handelns, an dessen Erfolgchancen sie zunächst willig geglaubt haben. Sie sind daher geneigt, im gesellschaftlichen Leben lediglich den ständigen Wechsel der Situationen und der agierenden Menschen zu registrieren und sich zur Politik und ihren gesellschaftlichen Vehikeln rein existentiell zu verhalten.

Gerade weil viele Menschen heute deutlich spüren, daß der Bestand nicht nur des jeweils existierenden Herrschaftssystems, sondern der gesamten Gesellschaft stärker denn je von Entscheidungen in den politischen Bereichen abhängig ist, beschleicht sie ein unbehagliches Gefühl bei dem Gedanken, wie wenig Leute ihresgleichen in ihren begrenzten gesellschaftlichen Wirkungskreisen dieser Verkettung des politischen Handelns gegenüber glauben ausrichten zu können. Gewiß wird dieses Unbehagen von den einzelnen Menschen und Gesellschaftsgruppen wohl in ganz verschiedener Weise empfunden. Aber selbst die kleineren Gruppen der in engeren oder weiteren sozialen Räumen politisch tätigen Menschen befällt zuzeiten dieses Unbehagen, wenn sie die faktischen Ergebnisse der von ihnen mitverantworteten Politik mit den Chancen vergleichen, die auf Grund der ursprünglich von ihnen gesetzten Ziele mit den gewählten Mitteln erreichbar erschienen.

Dieses Unbehagen an der Politik in weiten Kreisen unserer Gesellschaft weist nun ohne Zweifel auf eine Krise im sozialen und politischen Verhalten, in der politischen Moral aller dieser Menschen hin. Das politische Leben hat für eine große Zahl von Menschen seine Bündigkeit und Geschlossenheit verloren. Man fühlt sich nicht mehr aufgehoben in einem politischen System, dessen Grundlagen gesellschaftlich allgemein gültige Werthaltungen darstellen und das selbst in seinem gruppenantagonistischen Charakter als eine Wirkungseinheit Anerkennung findet. Schließlich hat man es angesichts der allgemeinen politischen Unsicherheit in Deutschland noch nicht vermocht, zu neuen sozialen Verhaltensweisen und politischen Werthaltungen durchzudringen. Mit zunehmendem Mißvergnügen stellt man statt dessen die Widersprüche fest, welche sich im Vergleich zwischen den Zielen, den Wegen, Mitteln und den Erfolgen der Politik ergeben.

Das gilt in gleicher Weise für die Problematik der Willensentscheidungen im Bereich der Sozialverbände und der Parteien wie der Entscheidungen seitens der Parlamente, Regierungsgremien und Verwaltungskörper. Das menschliche Leben wird zwar in zunehmendem Maße faktisch hineingezogen in die Bereiche der Politik. Es wächst aber keineswegs in den Massen des Volkes in gleichem Maße

die Bereitschaft zu ausgesprochen politischen Verhaltensweisen und zu politischer Verantwortung. Viele Menschen versuchen vielmehr, dem Zirkel der Verpflichtungen für das politische Ganze und die jeweiligen sozialen Verbandseinheiten zu entgehen durch eine Flucht in abgegrenzte Bereiche des kulturellen Lebens, der persönlichen Sicherung in intimen sozialen Gruppen.¹⁾

Der Widerspruch zwischen der Tatsache, daß wir heute in unserem sozialen und kulturellen Leben in einen sich ständig erweiternden politischen Raum einbezogen sind und dem effektiv vorhandenen Willen zur sozialen Eininselung der menschlichen Existenz, mag nun das Unbehagen an der Politik noch erhöhen. Dabei ist noch zu beachten, daß alle heute wirksamen politischen Ideologien sich nicht nur auf bestimmte inhaltliche Vorstellungen einer irgendwie gearteten besten oder angemessensten Ordnung des sozialen Zusammenlebens beziehen. Sie gehen vielmehr aus von bestimmten moralischen Verhaltensweisen der Menschen, welche, auf das politische Leben projiziert, derartige erwünschte Gesellschaftszustände erst ermöglichen. Das Unbehagen an der Politik wird daher dann am stärksten gefördert, wenn der Widerspruch zwischen der ideellen Konzeption und der politischen Wirklichkeit offenbar, das heißt, wenn dem einfachen Menschen der Überbaucharakter der politischen Ideologie erkennbar wird. Das bedeutet aber, daß der Mann aus dem Volke in einem bestimmten Stadium der Entwicklung der organisierten Massengesellschaft zu begreifen beginnt, daß die Maßstäbe, nach denen in gewissen Systemen Politik gemacht wird, andere sind, als die Maßstäbe, die für das soziale und politische Verhalten der breiten Massen gelten.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Lehren der Machiavellisten²⁾ und ihre Verwendung zur internen Rechtfertigung verschiedener unserer totalitären Systeme sehr viel zur Zerstörung der politischen Werthaltung und zur politischen Entmutigung der einfachen Menschen beigetragen haben. Wenn sich der Mann aus dem Volke nun schon zum zweiten Male in der jüngsten deutschen Geschichte der Demokratie, die ihm zunächst in der überzeugenden Programmatik der Grund- und Bürgerrechte vorgestellt wird, in ein Geflecht von sozialen und politischen Schwierigkeiten und Hemmungen verstrickt sieht, die in der Praxis zu unklaren Entscheidungen führen, und wenn er damit die politische Zielstrebigkeit der verschiedenen Regimes einer totalitären Überwältigung des Menschen vergleicht, so ist es nicht verwunderlich, wenn ihm die Grundsätze der offenen und geheimen Machiavellisten recht plausibel erscheinen.

Zwar wächst das Behagen an der Politik damit nur in den wenigen Fällen eines aktiven Anteils an den Früchten autoritär-totalitärer Herrschaftsgestaltung. Die Entschleierung des politischen Bereiches durch die Reduzierung politischer Werthaltungen und Zielgebungen zu schlichten „politischen Formeln“,³⁾ die nur dazu dienlich sind, herrschenden Minderheiten Macht zu verleihen, und die politische Technik der Herrschaftsausübung unter Berücksichtigung der irrationalen Bedürfnisse der Massen zu erleichtern; dient dann aber für viele wenigstens zur Rechtfertigung für die immer wieder angestrebte Flucht aus der Politik, welche mit einem derart vorgestellten Machtbehauptungs-Mechanismus einfach

1) Helmut Schelsky glaubt in Entgegnung auf einen meiner Aufsätze in dieser Zeitschrift feststellen zu können, daß dieser Wandel in der politischen Einstellung auf eine einschneidende Umstrukturierung der Gesellschaft zurückgeführt werden muß, einen Wandel von größeren gesellschaftlichen Kollektiveinheiten zu kleineren, intimen, der Sehnsucht des Menschen nach sozialer Sicherheit gemäßen Gruppen. (Helmut Schelsky „Vom sozialen Defaitismus zur sozialen Verantwortung“. G. M., Jg. 2/6) Es wäre dies ein Strukturwandel der Gesellschaft, der, nach meiner Auffassung, wenn er wirklich einen nachhaltigen, dauernden Charakter hat — was mit guten Gründen bezweifelt werden kann — die zunehmende Labilität des politischen Verhaltens der Menschen nur noch bestärken könnte.

2) Eine gute, auf seine eigene Auffassung projizierte Zusammenfassung dieser Lehren gibt James Burnham in seinem Buche „Die Machiavellisten“, Zürich 1949.

3) Gaetano Mosca „Die herrschende Klasse — Grundlagen der politischen Wissenschaft“. München 1950.

identifiziert wird. Jedenfalls ist es von einem durch machiavellistische Grundsätze bestärkten Unbehagen an der Politik bis zur Selbstaufgabe des Menschen und zur Flucht in autoritäre politische Ordnungen bei der erwiesenen Labilität des sozialen Verhaltens auf der heutigen Stufe der Massengesellschaft nur ein kleiner Schritt.

Es ist gewiß ein bedrückendes Dilemma, in das diese Betrachtung über das Unbehagen an der Politik geradewegs hineinführt. Die Versuche des Ausweichens des mißvergnügten Menschen in außerpolitische gesellschaftliche Räume — Räume, die in Wirklichkeit stärker denn je von den Entscheidungen im politischen Bereich beeinflußt werden — scheinen nur geeignet zu sein, auf die Dauer ganz bestimmten Minderheiten die Herrschaft und die Geschäfte der Politik zu überantworten. Frei von der Politik sind die Mißvergnügten aber dann keineswegs, denn sie werden in jedem Fall, in welcher ideologischen Verhüllung auch immer, gezwungen sein, sich jeder realen Oligarchie gegenüber gleichsam in umgekehrtem Verhältnis politisch zu verhalten wie in einer demokratischen Ordnung. Das erhöht aber keineswegs das Behagen am politischen Kräftespiel. Es sei denn, daß man sich der Last, politisch mitverantwortlich zu sein, ledig glaubt, und daß man sich dabei beruhigt, nun endlich auch nach der moralischen Seite hin lediglich Objekt der Politik zu sein und sich daher in irgendeine kulturelle Gartenlaube zurückziehen zu können. Einen solchen Irrtum aber haben wir schon einmal schwer zu bereuen gehabt.

Die Gesellschaftslehre und die Wissenschaft von der Politik sind nur sehr bedingt in der Lage, uns in diesem Dilemma zu helfen. Beide Wissenschaften haben im Grunde nicht die Aufgabe, Systeme des menschlichen Zusammenlebens und der politischen Herrschaft zu entwerfen, in denen die zur Zeit bestehenden Schwierigkeiten in der Politik selbst und im politischen Verhalten Einzelner und Gruppen ausgemerzt, werden. Im Aspekt der Wissenschaft werden lediglich die objektiven und subjektiven Umstände aufgezeigt, unter denen heute Politik gemacht wird und unter denen eine inhaltlich bestimmte Politik überhaupt betrieben werden kann. Immerhin kann es uns hoffnungsvoll stimmen, daß die Wissenschaft, soweit sie empirisch an die Problematik des politischen Lebens herangeht, in der Lage ist, uns Aufschlüsse über die Chancen und Risiken zu bieten, die in der gegebenen Situation bei Einberechnung aller wirksamen Faktoren bestimmte politische Maßnahmen und Verhaltensweisen besitzen.

Die Wissenschaft kann also weder einen Kodex einer maximal wirksamen politischen Moral entwerfen, noch vermittelt sie dem Einsichtigen eine Patentlösung, das ihn bedrückende Unbehagen an der Politik gleichsam auf rationalem Wege loszuwerden. Die politische Moral ist eine Frage der sozialen und politischen Praxis. Sie unterliegt dem Entscheidungsbereich gesellschaftlicher Gruppen und verantwortlicher Individuen. Wenn sie in ihrem besonderen Gehalt auch nur unter den sozialen Bedingungen unserer Zeit wirksam zu werden vermag und damit dem Einfluß von Faktoren unterliegt, die teilweise nicht im Bereiche des menschlichen Willens liegen, so muß doch dem Menschen und den gesellschaftlichen Willensgruppen, soweit Erfahrungen überhaupt im sozialen Leben beherzigt zu werden vermögen, die Chance einer Veränderung bedrückender sozialer und psychischer Umstände eingeräumt werden. Diese Chance wahrzunehmen, kann aber die Wissenschaft vom politischen Leben dem suchenden Menschen der Gegenwart behilflich sein, soweit sie aus den von ihr verwerteten Erfahrungen Schlüsse auf die der Situation angemessene Technik des politischen Handelns und auf die zur Erreichung eines Gleichgewichtszustandes der Gesellschaft erforderlichen Verhaltensweisen ziehen kann.

Wenn uns nun aber die Erfahrungen mit den autoritären und totalitären Systemen der Politik bewiesen haben, daß in ihnen das Unbehagen an der Politik nur um den Preis des Verlustes der Selbstbestimmung des Menschen und der Menschenwürde verschwindet, so werden wir zu prüfen haben, welche Wege wir in der Demokratie beschreiten müssen, um wenigstens die unserem begrenzten Einfluß unterliegenden Quellen dieses Unbehagens zu verstopfen. Es wäre dabei zu billig, lediglich festzustellen, die Demokratie müsse in Form und Gehalt den sozialen Bedingungen und Dringlichkeiten der Politik in unserem heutigen Deutschland entsprechen. Das ist nachgerade zu einer Binsenweisheit geworden, welche dadurch nicht an Überzeugungskraft verliert, daß verschiedene individuelle und gesellschaftliche Träger der Politik bei uns sich nicht an sie halten.

Das Problem für uns in Deutschland ist heute nicht so sehr das „Was“ dessen, was die Demokratie ideell und sozial darstellen kann und soll, sondern das „Wie“ dessen, mit welchen Mitteln wir es erreichen können. Wir haben also zu fragen: Wie macht man die Demokratie als politisches System unter den besonders schwierigen Bedingungen Deutschlands funktionsfähig und schon dadurch überzeugend für den einfachen Menschen? Welche Wege können wir finden, um die zunächst nur im politischen Bereiche experimentell durchprobierte Demokratie in die weiten Kreise unseres sozialen Lebens einzubeziehen? Wie führt man also, wenn es von oben her auf Grund der Schwächen unseres heutigen parlamentarischen Systems, infolge der wachsenden Bürokratisierung vieler politischer Verrichtungen nicht gut geht, den einfachen Menschen von unter her an die Demokratie heran?

Um der Gefahr der Entlarvung der Demokratie als eines ideologischen Überbaues zu entgehen, ist es wohl zunächst einmal notwendig, ihren Charakter als Herrschaftssystem öffentlich in aller Lehre von ihr zu bekennen. Auch dieses politische System kennt Herrschende und Beherrscht, Einflußreiche und Einflußschwache, Funktionseliten und Massen. Kein Anhänger der Demokratie braucht sich dessen zu schämen, denn es handelt sich hier um ein gesellschaftliches Faktum. Der demokratische Charakter des Systems ist aber nur dann gewährleistet, wenn die Prinzipien der Delegation und der Kontrolle in der politischen Willensbildung verwirklicht werden. Ventilation in der Meinungsbildung von unten nach oben, durch gemeinsame Werthaltungen gesicherter, fairer politischer Kampf konkurrierender Gruppen und Zielsicherheit der im Vertrauen von unten oben vollzogenen Entscheidungen verbürgen allein die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Systems. Die Demokratie kann nur dann als existent angesehen werden, wenn sie unten, in allen gesellschaftlichen politischen Bereichen, als eine nie in Frage gestellte Chance angesehen wird, die soziale und politische Willensbildung, und sei es auch nur in Ausschnitten, zu beeinflussen.

Es ist hier nicht der Ort, die Problematik der Funktionsfähigkeit der Demokratie in unserem heutigen Deutschland zu erörtern.⁴⁾ Auch ist bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß das Unbehagen an der Politik durch rationale Einsicht in diese Zusammenhänge bei der großen Mehrheit der Menschen nicht beseitigt werden kann. Immerhin bietet sich, wenn von den einflußreichen Organisationen unseres gesellschaftlichen Lebens die Frage der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie in den richtigen Relationen gesehen wird, in der Praxis die Gelegenheit, zur sozialen und politischen Ermutigung des einfachen Menschen entscheidend beizutragen. Gibt man ihm nämlich eine echte Chance, in der Breite unseres Organisationslebens, in den kleinen und kleinsten sozialen

4) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Das Elitenproblem in der Demokratie“, Schmollers Jahrbuch. Jg. 51/5.

Gruppen und Verbänden zu seinem Teil an Entscheidungen mitzuwirken, lehrt man ihn durch eine weniger staatsbürgerliche und mehr mitbürgerliche Erziehung diese Chance wahrzunehmen und seine Meinung gegebenenfalls auch gegen irgendwelche bürokratisierte Organisationsspitzen zur Geltung zu bringen, dann wird mit Sicherheit in der Handhabung der demokratischen Technik unten ohne Zweifel auch dann das Zutrauen zur Demokratie wachsen, wenn die politischen Entscheidungen auf höchster Ebene zunächst noch als weniger beeinflussbar erscheinen.

Zu einer funktionsfähigen und damit für den einfachen Menschenverstand verständlichen Demokratie gehört, es zweifellos, daß die Maximen der Politik im Zwang der Kompromißentscheidungen erkennbar und durchschaubar bleiben, so daß eine Stellungnahme zu ihren Ergebnissen für jeden Staatsbürger möglich ist. Gerade in den public relations unserer jungen Demokratie zeigen sich heute gefährliche Schäden unseres Systems. Wie sag ich's doch meinem Volk? Wir sind Meister in der Technik der Vernebelung der politischen Entscheidungsbedingungen und sehr oft Dilettanten im positiven Hinweis auf die Chancen, die der einfache Bürger fortlaufend in vielen Bereichen unseres öffentlichen Lebens zur Wahrnehmung seiner Interessen hat. Mit unserem Ungeschick, aus differierenden öffentlichen Meinungen in der Gesellschaft eine wirklich politisch einflußreiche einheitliche öffentliche Meinung zu bilden, begünstigen wir nur die Herausbildung unkontrollierbarer und unbeeinflussbarer anonymer Meinungen, die vom Unbehagen an der Politik leben und die sich im Zweifel gegen die Demokratie wenden.

Das Anliegen, die Demokratie in Deutschland angesichts ihrer Mängel in der Höhengschicht der Staatspolitik von Grund auf im sozialen Verhalten der Individuen in den Bereichen *des* alltäglichen zwischenmenschlichen Lebens zu entwickeln, wird neuerdings in einer beachtlichen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der bisherigen staatsbürgerlichen Erziehung lebendig durch *Friedrich Oetinger* vertreten ⁵⁾. Unter dem Eindruck der amerikanischen Gedanken zur citizenship entwickelt Oetinger Ideen zu einer Reform unserer politischen Erziehung, die auf dem Prinzip der Partnerschaft und der Kooperation „in der öffentlichen Atmosphäre der Menschen untereinander“ beruhen. Man kann dieses Buch als einen gerade für Deutsche sehr wichtigen Beitrag zur Fundierung der gesellschaftlichen und der politischen Moral ansehen, da bei uns die Pädagogik nicht das getan hat, was Oetinger von ihr verlangt, „die Wandlung unserer menschlichen und politischen Erfahrung nachzuvollziehen“, auf Grund derer „es auf die Aktivierung der menschlichen Partnerschaft mehr ankommt als auf die Versittlichung unseres Dienstverhältnisses zum Staat“. Gerade in dieser Formulierung indessen zeigt sich die beachtliche Stärke des Buches ebenso wie seine unverkennbare Schwäche: die Stärke, auf die gesellschaftliche Chance der Demokratiebildung in den einfachen Bereichen unseres Lebens mit aller Deutlichkeit hingewiesen zu haben; die Schwäche, dabei die eigentliche politische Sphäre oberhalb dieser einfachen partnerschaftlichen gesellschaftlichen Beziehungen vernachlässigt zu haben.

Hier aber liegt wohl das eigentliche Problem der politischen Moral in unserer deutschen Situation. Die Frage für uns lautet: Lassen sich die von Oetinger warm befürworteten sozialen Verhaltensweisen der Partnerschaft durch geeignete Mittel der politischen Erziehung und — was Oetinger übersieht — durch Schaffung objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, die ein solches kooperatives Verhalten begünstigen, auch auf die eigentliche politische Sphäre übertragen?

⁵⁾ Friedrich Oetinger „Wendepunkt der politischen Erziehung — Partnerschaft als pädagogische Aufgabe“. Stuttgart 1951.